

Kommunalwahlen in der Republik Albanien

Zum siebten Mal seit dem demokratischen Umbruch im Jahr 1991 standen im Juni 2015 Kommunalwahlen in Albanien an. Für die jetzt nur noch 61 Rathäuser bewarben sich insgesamt 157 Kandidaten, davon 15 Frauen. Neben den 61 Bürgermeistern wurden 1.750 Ratsmitglieder der Gemeinden gewählt. Rund 140.000 Neuwähler hatten die Möglichkeit zur Stimmabgabe.

Offiziell waren 3.382.295 Wähler registriert, von denen etwa eine Million im Ausland leben. Diese müssten ihr Wahlrecht allerdings direkt vor Ort in Albanien wahrnehmen. Das muss bei einer Bewertung der Wahlbeteiligung bedacht werden.

Die Wahlbeteiligung wurde von der Zentralen Wahlkommission mit 47,76 Prozent angegeben, was etwa drei Prozentpunkte unter der letzten Kommunalwahl von 2011 liegt. In den nördlichen, traditionell DP-starken Wahlkreisen Diber und Kukes war die Wahlbeteiligung mit jeweils etwa 57 Prozent überdurchschnittlich hoch. Extrem niedrige Wahlbeteiligung von 37 Prozent hatte das südalbanische Vlora zu registrieren.

Ergebnis nach Erst- und Zweitstimmen - Klarer Sieg des Linksbündnisses

Das rote „Linksbündnis unter Führung des Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der „Sozialistischen Partei“ (SP) *Edi Rama* sowie dem Parlamentspräsidenten und Vorsitzenden der „Sozialistischen Bewegung für Integration“ (LSI) *Ilir Meta* hat den Kampf um die insgesamt 61 Rathäuser deutlich gewonnen. Die Kandidaten der Linkskoalition stellen künftig 46 der Bürgermeister gegen

über 15 für das Rechtsbündnis. Letzteres war unter Führung der „Demokratischen Partei“ (DP) und dessen Vorsitzenden *Lulzim Basha* angetreten.

Das Linksbündnis hat neben der mit weitem Abstand wichtigsten Großkommune Tirana, in der jetzt rund eine Million Einwohner leben und damit ein Drittel der Gesamtbevölkerung, von Durres bis Saranda und Konispol an der Adriaküste alle Kommunen gewonnen. Hinzu kommen die wirtschaftlich stärksten Regionen in Mittelalbanien von Lushnja und Belsh über Elbasan bis Librazhd. Von den bedeutenderen Kommunen im Süden fiel nur der Bürgermeisterposten in Permet an das Rechtsbündnis, wo ein vormaliger SP-Politiker diesmal für die „Rechten“ angetreten war.

Von großer symbolischer Bedeutung ist die Tatsache, dass das Linksbündnis in Nordalbanien die traditionellen DP-Hochburgen Kruja, Kurbin, Miredita, Puka, Fush Arres und Has genommen hat. Ebenso ehemaliges DP-Kernland war bisher die Kommune Dibra, wo künftig ebenfalls die „Linkskoalition“ den Bürgermeister stellt.

Massive Verluste des Rechtsbündnisses

Das „Rechtsbündnis“ hat massiv Stammwähler in Nordalbanien verloren und die Verluste in den wirtschaftlich stärksten Kommunen waren exorbitant hoch. Der Abstand zugunsten der siegreichen Linkskandidaten gegenüber denen des Rechtsbündnisses in den wichtigsten Großkommunen Tirana und Durres war noch nie so groß. Er betrug teilweise mehr als zehn Prozentpunkte. Geht man davon aus, dass sich auch in Albanien allmählich die parteipolitisch geprägten, auf den alten Kulturgrenzen beruhenden Regionen auflösen, so

muss für das „Rechtsbündnis“ festgehalten werden, dass diesem ein Einbruch in die traditionell sozialistisch geprägten Regionen im Süden Albanien längst nicht so gelungen ist wie umgekehrt.

Aber selbst das bloße Zahlenverhältnis von 46 zu 15 bei den Bürgermeistern offenbart noch nicht den ganzen Umfang der herben Niederlage für die DP. Die DP hat von den 61 gewählten Gemeinderäten nur noch in den drei (!) nordalbanischen Kommunen Kukes, Dibra und Shkodra Mehrheiten in den Gemeinderäten! Von den insgesamt etwa 1.700 Gemeinderatsmitgliedern werden künftig landesweit nur noch rund 250 von der DP gestellt! Etwa 1.500 Kommunalpolitiker schicken die beiden führenden „Linksparteien“ SP und LSI in die kommunalen Parlamente.

Umfangreiches internationales Monitoring

Die Begleitung des Wahlkampfes durch internationale Beobachter war bei diesem Wahlgang besonders stark. Gewiss dürfte dazu beigetragen haben, dass vor einem Jahr Albanien den Status eines EU-Kandidaten zuerkannt bekommen hatte. Nach offiziellen Angaben wurden die Wahlen von mehr als 3.000 Wahlbeobachtern begleitet.

Mit tatsächlichen oder vermeintlichen Manipulationsversuchen beispielsweise beim Auszählen der Stimmen musste in der Vergangenheit immer gerechnet werden. Jedoch zeigte sich schon bei den Parlamentswahlen 2013, dass dies durch internationales und nationales Monitoring immer schwerer werden würde.

Als größtes Problem im Rahmen der Manipulationsversuche hatte sich diesmal wieder der mehr oder weniger offene Stimmenkauf entwickelt. Dieser fand sowohl im Vorfeld statt als auch am Wahltag selbst. Immer wieder hatten sich in den letzten Wochen Staatspräsident *Nishani*, aber auch zahlreiche in Albanien akkreditierte Botschafter an die Bevölkerung gewandt, sich nicht die Stimmen kaufen zu lassen. Darüber hinaus haben nennenswerte und im Hinblick auf das Wahlgesetz auch „justiziable“ Manipulationsversuche eher im Vorfeld des Wahlta-

ges stattgefunden. Weiterhin wurde insbesondere von der Regierungsmehrheit allzu oft die öffentliche Infrastruktur für Wahlkampfzwecke missbraucht. Diese Vorwürfe der Opposition konnten in zahlreichen Fällen nachgewiesen und auch von internationalen Beobachtern weitestgehend bestätigt werden.

Jedoch wurde sowohl von den internationalen als auch nationalen Wahlbeobachtern und schließlich der Zentralen Wahlkommission eingeschätzt, die Wahlen seien letztendlich nicht zu beanstanden oder die Ergebnisse gar in Frage zu stellen.

Parteien und Kandidaten – temporäre Allianzen mit spürbarem Linkstrend

Das Linksbündnis: „Allianz für das Europäische Albanien“

Die LSI mit ihrem Vorsitzenden und amtierenden Parlamentspräsidenten *Ilir Meta* hatte sich 2005 von der SP abgespalten und danach fast acht Jahre mit der DP in einem Rechtsbündnis koalitiert. Seit der Parlamentswahl 2013 gehört sie wieder zum „Linksbündnis“ mit der SP und ihrem Vorsitzenden, Ministerpräsident *Edi Rama* an der Spitze. In der Realität scheint die LSI die Partei zu sein, die am meisten und konsequentesten auf freie Marktwirtschaft ohne jegliche soziale Regulierungen zu setzen scheint.

Bemerkenswert ist auch der Schritt des vormaligen Staatspräsidenten *Bamir Topi*, Vorsitzender der Partei „Neuer Demokratischer Geist“ und langjähriger Bündnispartner der DP. Diese Partei verortete sich bisher dezidiert im „rechten“ Parteienspektrum, nicht nur „gefühl“, sondern auch programmatisch. Bei diesen Kommunalwahlen trat die Partei allerdings dem „Linksbündnis“ bei. Insgesamt gehören diesem „Linksbündnis“ unter Führung der SP 37 Parteien an. Bei der in diesem Bündnis buchstäblich bis zur letzten Sekunde andauernden Kandidatenfindung setzte sich die LSI mit insgesamt 15 ihrer Kandidaten in bemerkenswerter Quantität durch. Die Partei der stark an der griechischen Minderheit orientierten „Partei für Gerechtigkeit, Integration und Einheit“ (PDIU), die bei der letzten Parlamentswahl

noch zum „Rechtsbündnis“ gehörte, schloss sich diesmal ebenfalls dem „Linksbündnis“ an und setzte drei ihrer Kandidaten als gemeinsame „Linkskandidaten“ durch.

Bemerkenswert ist dabei, dass die LSI – seit den letzten Parlamentswahlen das „Zünglein an der Waage“ der albanischen Politik – ihre eigenen Kandidaten als gemeinsame des Linksbündnisses in traditionellen DP-Hochburgen in Stellung gebracht hatte: beispielsweise in Shkodra, Lezha, Kukes und Korca.

Das Rechtsbündnis: „Volksallianz für Arbeit und Würde“

Diesem von der DP geführten Bündnis mit deren Vorsitzenden *Lulzim Basha* gehörten offiziell 15 Parteien an. Neben den DP-Kandidaten selbst sind eigentlich nur noch die der kleinen „Republikanischen Partei“ mit ihrem Vorsitzenden, dem ehemaligen Verteidigungsminister *Mehmet Mediu* zu erwähnen. Angesichts der Volatilität und des ständigen Wechsels von Kandidaten zu anderen Parteien ist schwer feststellbar, wie viele des „Rechtsbündnisses“ in erster Linie zu dieser kleinen Partei gehören. Die DP als größte Oppositionspartei hatte bei der Bildung der Wahlallianzen für diese Kommunalwahl einen empfindlichen Aderlass zu verzeichnen, so dass sie im Wesentlichen eigentlich nur noch mit eigenen Kandidaten angetreten ist. Dieser Trend wiegt für die DP umso schwerer, da die Partei allein bisher nie eine Mehrheit erlangen konnte, sondern immer auf Bündnis- bzw. Koalitionspartner angewiesen war.

Die aktuellen Wahlallianzen zeigen einen evidenten, formellen Linkstrend. Dies ist aber nicht mit einem politischen „Linkstrend“ zu verwechseln. Es waren wie immer ganz pragmatische Überlegungen der kleineren Parteien, sich der SP *Edi Ramas* anzuschließen. Im „Linksbündnis“ gab es einfach größere Chancen, einen eigenen Kandidaten vom gesamten Bündnis unterstützen zu lassen. Für die DP hatten sich damit die Bedingungen weiter verschlechtert. Die Partei war bisher immer auf Koalitions- oder Bündnispartner angewiesen. Dieser Trend der kleineren Parteien zur Wahlallianz mit dem politischen Hauptgeg-

ner, *Edi Ramas* SP, hatte die Chancen der DP-Abgeordneten weiter empfindlich beeinträchtigt.

Gebietsreform ohne Kommunalreform

Die nach den Parlamentswahlen vom 23. Juni 2013 neu gewählte Regierung unter Premierminister Edi Rama hatte die Kommunalreform zu einem Hauptschwerpunkt ihrer Arbeit erklärt. Bereits ab Anfang 2014 befasste sich ein Sonderausschuss des Nationalen Parlaments mit der Umsetzung einer Kommunalreform. Strittig war allerdings von Anfang an, was alles zu einer umfassenden Kommunalreform gehört und insbesondere eine Antwort auf die Frage, in welchen Schritten ein solches Unternehmen angegangen werden soll. Die Regierungsmehrheit aus SP und LSI favorisierte eine schnelle Umsetzung der Gebietsreform mit einer radikalen Verringerung der Anzahl der Gemeinden. Eine wesentlich von der DP getragene Opposition setzte sich hingegen dafür ein, zuerst die Kompetenzen der Kommunalverwaltungen neu zu regeln! Kontrovers wurde darüber hinaus über die neue Anzahl der administrativen Einheiten diskutiert. Parlamentarische Auseinandersetzungen über diese Fragen standen bereits unter dem latenten Einfluss des Rückzugs der Opposition aus dem Parlament! So setzte sich die Strategie der Regierungsmehrheit weitestgehend widerstandslos durch. Beschlossen wurde zunächst eine drastische Reduzierung der administrativen Einheiten von 374 auf nur noch 61!

Die Reduzierung der Verwaltungseinheiten war nur als Teil einer umfassenden Kommunalreform geplant. Diesem Schritt sollten natürlich weitere folgen. Insofern war der zeitliche Ablauf dieser Verwaltungsreform von Anfang an ausgesprochen problematisch! Denn der Reduzierung der Verwaltungseinheiten folgte nun am 21. Juni bereits die Wahl der Bürgermeister sowie Gemeinderäte. Erst danach sollen weitere Reformschritte unternommen werden. Damit steht der Fortgang der Verwaltungsreform automatisch unter dem Einfluss der aktuellen Wahlergebnisse!

Wie soll unter solchen Umständen eine unabhängige, mit größeren Kompetenzen

ausgestattete Kommunalverwaltung geschaffen werden, die vor allem effiziente und wirtschaftliche Organisationsstrukturen im Auge hat und nicht in erster Linie die Interessen der jeweiligen Parteien? Nach den bisherigen Usancen albanischer Politik können die Gemeinden, in denen die Kandidaten des „Rechtsbündnisses“ siegreich aus den Wahlen hervorgegangen sind, kaum auf Unterstützung der „Linksregierung“ in Tirana hoffen, wenn es darum geht, die kommunalen Reformen weiter voranzubringen! Der Führer des „Linksbündnisses“ *Edi Rama* hatte dies bei seinen Wahlkampfauftritten gerade im Norden des Landes unverhohlen ausgesprochen! Hier wird das Kernproblem dieser „unvollendeten“ Kommunalreform überaus deutlich.

Die tatsächlichen Interessen der Gemeinden standen allenfalls zweitrangig hinter den Landesinteressen der großen Parteien. Ähnlich wie im 2009 beschlossenen Wahlgesetz scheint auch hier eine nicht öffentlich bekannt gemachte Abmachung zu tragen, demzufolge SP, LSI und DP so tun, als ob Kompetenzen besser disloziert würden, dann aber doch alles beim Alten bliebe, weil letztendlich alle Entscheidungen in den Parteizentralen fallen – also wie bisher! Die Art und Weise der Kandidatennominierungen sowie der Verlauf des Kommunalwahlkampfes haben diese Annahme leider mehr denn je bestätigt

Die neuen Bürgermeister – „Könige ohne Land“ oder politische Joker

Im Gegensatz zu den ausschließlich über Parteilisten gewählten Abgeordneten des Nationalen Parlaments sind die Bürgermeister direkt gewählt und verfügen damit über eine größere Wählerlegitimität. Das dürfte deren Selbstvertrauen gegenüber der Regierung- und den Parteizentralen in Tirana enorm steigen lassen. Es ist kein Zufall, dass sich zahlreiche Abgeordnete des Nationalen Parlaments sowie amtierende Minister als Kandidaten der Kommunalwahl haben aufstellen lassen.

Für den künftigen Bürgermeister der Hauptstadt Tirana, den ehemaligen Sozialminister *Erion Veliaj*, gilt dies in besonderer Weise. Es war in den unmittelbar zurückliegenden

Wahlgängen immer eine Art ungeschriebenes Gesetz, dass der Bürgermeister von Tirana später die entscheidende Rolle für seine Partei auf nationaler Ebene spielt. *Edi Rama* war Bürgermeister von Tirana, um dann als SP-Parteivorsitzender auch Kandidat für das Amt des Premierministers zu werden. Jetzt als Premierminister im Amt installierte er *Erion Veliaj* als Bürgermeisterkandidaten von Tirana und der gilt in dieser Konstellation als der hoffnungsvollste Nachfolger des Premierministers.

Auch *Lulzim Basha* war zunächst Minister im Kabinett *Sali Berishas*, bevor er von diesem als Kandidat für das Bürgermeisteramt in Tirana nominiert wurde. Nach *Berishas* Rücktritt wurde *Basha* Parteivorsitzender und mithin natürlicher erster Kandidat der DP für die nächsten Parlamentswahlen 2017. Die strategische Ausrichtung seiner zahlreichen Wahlkampfauftritte während der letzten Monate bis zum 21. Juni war auch voll und ganz auf dieses Ziel zugeschnitten. Die DP wird bei der Bewertung dieser Wahlergebnisse gewiss das Verhältnis und Wechselspiel zwischen nationalen und kommunalen Themen in der Kampagne zu analysieren haben.

Für die DP bedeutete die Gebietsreform auch einen merklichen Verlust der Anzahl von Gemeinden in den nördlichen Regionen Albaniens. Diese waren traditionell die Hochburgen der DP-Kandidaten. Hier hat es besonders viele Zusammenlegungen von Gemeinden gegeben. Hinzu kam, dass in traditionellen DP-Hochburgen chancenreiche und vom gesamten „Linksbündnis“ unterstützte Kandidaten der LSI aufgestellt wurden. Die LSI war bis 2013 Koalitionspartner der DP in den letzten beiden *Berisha*-Regierungen von 2005 bis 2013 – ein taktisch durchaus geschickter Schachzug des „Linksbündnisses“.

Entkriminalisierung der Politik

Hervorzuheben ist allerdings das von der DP bereits vor einigen Monaten exponierte Thema der „Entkriminalisierung der Politik“. Im Kontext eines Vorfalls, bei dem ein SP-Abgeordneter des Nationalen Parlaments, *Tom Doshi*, den Präsidenten dieses Hauses, LSI-Chef *Ilir Meta*, beschuldigte, gekaufte

Killer auf ihn angesetzt zu haben, entwickelte sich eine über Wochen laufende, von der DP promovierte öffentliche Debatte über die kriminelle Vergangenheit einiger Linkspolitiker. Vorausgegangen waren *Doshis* verbale Angriffe auf „seinen“ Parteivorsitzenden *Edi Rama*, der nicht genügend für den Norden des Landes getan habe – *Doshi* ist Abgeordneter aus der nordalbanischen „Hauptstadt“ Shkodra. Diese Diskussion ging nicht spurlos an der Linkskoalition vorbei. Die DP erhielt darüber hinaus vor allem von der US-Botschaft immer wieder Unterstützung. Regierungsstellen sahen sich auf Druck der Amerikaner und zunehmend auch der EU-Vertreterin in Tirana bemüht, sich zumindest zu den Vorwürfen zu äußern. Jedenfalls konnten diese nicht einfach nur als „Wahlkampfgetöse“ der DP abgetan werden. Auf den Verlauf des Wahlkampfes hatte die Kampagne allerdings nicht den spürbaren Erfolg, den sich die DP möglicherweise ausgerechnet hatte. Auch dies war ein Zeichen dafür, dass trotz der nicht positiven Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der Regierung, die Opposition unter Führung *Lulzim Bashes* davon nicht profitieren konnte.

Trotz schwacher Regierung: DP kann nicht profitieren

Für die DP und insbesondere für dessen jungen Parteivorsitzenden *Lulzim Basha* persönlich ging es um viel. Seit dessen Eintritt in die albanische Politik 2005 ging es für ihn in der Regel aufwärts. Als Minister in verschiedenen Ressorts sowie schließlich als Bürgermeister von Tirana wurde er landesweit als DP-Politiker bekannt und 2013 als Nachfolger *Sali Berishas* zum Parteivorsitzenden gewählt. Bei dieser Kommunalwahl war es zwar nachvollziehbar, dass er sich in dieser Funktion – schon seit Wochen de facto ohne weiteres Amt – für „seine“ Kandidaten einsetzte. Aber schon frühzeitig zeichnete sich ab, dass *Bashes* persönliches Engagement in diesem Wahlkampf doch ein sehr deutliches Hauptaugenmerk auf seine eigene politische Zukunft und nicht so sehr auf die Kommunalpolitik legte. Der DP-Vorsitzende sah in diesen Kommunalwahlen vor allem ein „Referendum gegen die Regierung“ und steigerte dies noch weiter, wenn

er von einem „Vorspiel“ zu vorgezogenen Neuwahlen auf nationaler Ebene sprach!

Gewiss war er innerparteilich in einer komplizierten Situation. Wohlweislich hatte *Lulzim Basha* als amtierender Bürgermeister von Tirana darauf verzichtet, noch einmal anzutreten. Allzu schlecht sahen die Prognosen bei einer erneuten Kandidatur für ihn aus. Als Parteivorsitzender hätte er mithin bei einer Niederlage eben diese mit sich herumtragen müssen, was dessen Ambitionen als Spitzenkandidat für die nächsten Parlamentswahlen erheblich beeinträchtigt hätte. Andererseits würde er in eine ähnliche Situation kommen, wenn die DP aus ihrer Sicht insgesamt kein gutes Ergebnis erzielen würde. Innerparteiliche Diskussionen über den Vorsitzenden wären somit vorprogrammiert.

Lulzim Basha hatte diese Wahlen zum „Referendum“ gegen die seit 2013 auf nationaler Ebene regierenden *Edi Rama* (SP) und *Ilir Meta* (LSI) stilisiert. Darüber hinaus wollte er mittels dieses Referendums vorgezogene Parlamentswahlen erlangen! Die Wähler haben es anders entschieden! Zieht man die letzten Kommunalwahlen von 2011 als Referenzrahmen heran, so fällt das Ergebnis für die DP besonders ernüchternd aus. Nicht mal mehr ein Fünftel der Mandatsträger sind DP-Politiker und von den insgesamt 61 Gemeinderäten sind jetzt nur noch zwei mit einer DP-Mehrheit ausgestattet.

Trotz der wenig überzeugenden Performance der Linksregierung auf nationaler Ebene und deren deutlich ramponiertes Image aufgrund der berechtigten Vorwürfe im Zusammenhang mit kriminellen Machenschaften einiger ihrer Protagonisten war es *Lulzim Basha* und seiner DP nicht gelungen, sich den Wählern als echte Alternative anzubieten. Von dem seit zwei Jahren auf nationaler Ebene regierenden Linksbündnis ist man enttäuscht. Aber der Opposition traut man noch weniger zu! Die DP hatte in den vergangenen knapp zwei Jahren offenkundig von der kritischen Stimmung gegenüber der SP-geführten Regierung substantiell nicht profitieren können. Experten der albanischen Politik sehen das Hauptproblem für *Lulzim Basha* darin, dass er es nicht ge-

schaft hat, sich vom „Übervater“ der Partei
Sali Berisha zu emanzipieren.



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Albanien

Blv. "Dëshmorët e Kombit"
Twin Tower 1, 11. Stock
Büro A3
Tirana